

**Europagespräche des Instituts für Geschichte, Stiftung Universität Hildesheim**  
**7.11.2016 Dr. Manfred Scheich: Die multiple Krise der Europäischen Union - Warum und wohin nun?**

*Zum Referenten: Botschafter Manfred Scheich studierte Handelswissenschaften in Wien und später an der Johns Hopkins University in Bologna. 1960 trat er in den auswärtigen Dienst ein. Er arbeitete an der österreichischen Vertretung bei der OEEC in Paris und war von 1960 bis 1964 stellvertretender Leiter der Österreichischen Delegation bei der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) in Genf. Von 1964 bis 1967 war er wiederum im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten in Wien beschäftigt, von 1967 bis 1969 im Sekretariat der UNIDO in Wien. 1967 bis 1970 war er Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Österreichischen Arbeitnehmerbundes (ÖAAB). Von 1970 bis 1974 war Gesandter bei der österreichischen Botschaft in Bern, 1974 bis 1978 Botschafter in Algerien. Von 1983 bis 1986 leitete er die Österreichische Vertretung bei der EG in Brüssel und war anschließend bis 1993 Leiter der Abteilung für europäische Integration im Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Wien. Zwischen 1993 und 1994 war Scheich österreichischer Chefverhandler in den EG/EU-Beitrittsverhandlungen und von 1995 bis 1999 Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU. Er war darüber hinaus Mitglied der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung des Amsterdamer Vertrages von 1997, österreichischer Chefverhandler für den Amsterdam-Vertrag und für die Agenda 2000. Seit 1999 war Manfred Scheich Mitglied der "Independent Commission for the Comprehensive review of the Institutions and procedures of the Union" in London.*

*Publikation: Manfred Scheich, Tabubruch. Österreichs Entscheidung für die Europäische Union, Wien - Köln - Weimar 2005*

### **Vortrag**

Die EU ist in einer tiefen multiplen Krise, politisch, wirtschaftlich, institutionell und – wohl am gefährlichsten – in einer Vertrauenskrise. Anders als noch vor einiger Zeit gibt es mittlerweile immerhin einen breiten Konsens darüber, dass wir uns in einer Krise befinden. Kein Konsens besteht darüber wie man aus der Krise herauskommt. Man will „mehr Europa“ in Richtung einer echten Föderation auf Kosten der nationalen Regierungen und ihrer Kompetenzen. Dafür fehlen die politischen Voraussetzungen bei den europäischen Völkern und Regierungen.

Die Ursachen der Krise liegen nicht bei inkompetenten Politikern oder einzelnen Mitgliedsstaaten, die ihre Solidarität verweigern. Sie liegen tiefer und sind strukturell. Die EU ist ein multinationales Konstrukt auf der Basis von souveränen Mitgliedsländern. Um zu funktionieren, bedarf es eines starken Grades innerer Kohäsion, eines Zusammenhalts im Politischen, im Ökonomischen, im Kulturellen und im Hinblick auf die historischen Erfahrungen und Prägungen. Man muss nicht lange erklären wie brüchig dieser innere Zusammenhalt ist.

Was ist aber mit den Werten, die uns allen gemeinsam sind - Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Diese Werte müssen aber mit politischem Leben erfüllt werden. Und wenn es um die Verwirklichung der Werte geht, fällt der Konsens oft wieder weg.

In der Wirtschaft gibt es einen Zusammenprall vor allem zwischen der deutschen und anderen Wirtschaftskulturen. Deutschland und Österreich pflegen aus historischen Gründen eine Stabilitätskultur. Andere, insbesondere die lateinischen Staaten, betreiben traditionell eine expansive Budgetpolitik und finanzieren sie durch Schulden.

Und dann die Migrationskrise - ein Wort das richtiger ist als Flüchtlingskrise, denn die ist nur ein Teil davon. Die Migrationskrise wird in den nächsten Jahrzehnten nicht gelöst werden; der

Migrationsdruck wird stärker werden. Auch hier haben wir ein Auseinanderfallen der Wertvorstellungen. Für gewisse Länder und viele Bürger der EU ist auch die nationale Identität ein Wert, und sie verfolgen dementsprechend eine restriktivere Politik. In der Nachkriegszeit als die EWG gegründet wurde, gab es zwei starke katalysatorische Kräfte, die zu größerer Einheit geführt haben: die persönlichen Erinnerungen an die beiden Weltkriege und die akut gefühlte Bedrohung durch die Panzerdivisionen der Roten Armee. Diese beiden Kräfte sind Vergangenheit. Hinzu kamen die konsekutiven Erweiterungen der EU. Aus den sechs Gründerstaaten sind mittlerweile 28 geworden. Mit jedem neuen Mitglied wird die Heterogenität der Union größer, die Kohäsion schwächer und das formulieren gemeinsamer Politik schwieriger. Die Erweiterung war richtig, aber der Preis dafür ist eine gewachsene innere Heterogenität.

Nun zum Euro. Wir haben einen tiefen Graben in ökonomischer Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, zusammengeschweißt in dem Korsett einer gemeinsamen Währung. Das muss zu Spannungen führen. Wenn die Spannungen zwischen stark und schwach zu groß werden, hat man ein klassisches Instrument zum Ausgleich: der Starke wertet auf, der Schwache wertet ab. Dieses Instrument steht bei einer gemeinsamen Währung nicht mehr zur Verfügung. Hätten wir nicht den Euro, hätten wir schon zwei bis drei Auf- und Abwertungsrunden seit dem Jahr 2000 gehabt. Die Mark wäre stärker geworden, der deutsche Export schwieriger. Dank des Euro ist das nicht so. Nutznießer des Euro ist Deutschland, weil die Mark nicht mehr aufgewertet wurde. Die Schere zwischen starken und schwachen Staaten geht aber weiter auf. Wir rutschen vermutlich in eine neue Krise, die mit der Auseinandersetzung über eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zusammenhängt. Deutschland mit seiner strikten Budgetpolitik ist recht isoliert.

Dann haben wir noch den Brexit. Die Engländer waren aus historischer Erfahrung und Prägung heraus immer anders als die Kontinentaleuropäer. Wichtiger ist nun die Frage, was die Bedingungen des Austritts sein werden, und wie die Beziehungen zu England nach dem Austritt. Wir sollten die Engländer so eng wie möglich an der EU halten. Wir wollen eine gemeinsame Verteidigungspolitik haben - die Briten sind die stärkste Militärmacht der EU. Wir sollten sie auch im Binnenmarkt halten. Dabei ist der große Streitpunkt die Freizügigkeit der Personen. In England gibt es Widerstand gegen die Einwanderung von EU-Bürgern. Von Seiten der EU heißt es, wenn ihr den freien Handel und den Dienstleistungsmarkt erhalten wollt, müsst ihr die Freizügigkeit, den Zugang zum Arbeitsmarkt der Partnerländer, erhalten. Aber man kann grundsätzlich auch Freihandel, Dienstleistungsfreiheit und freien Kapitalverkehr haben ohne Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. Mit dieser Meinung bin ich nicht allein. Wir müssen mit den Engländern zu einem auch uns befriedigenden Arrangement kommen.

Ich habe über die Krisen gesprochen. Die Schwierigkeiten beginnen wenn man über das Wohin, über Lösungen sprechen muss. Das bleibt vage. Wenn der Ruf nach mehr Europa nicht nur eine Sonntagsrede sein soll, hieße das, den Weg zu einer echten Staatlichkeit der EU zu gehen, eine Fortentwicklung über den multinationalen Charakter hinaus zu einer supranationalen Regierung, besonders einer Wirtschaftsregierung und einem europäischen Finanzminister mit direkten Zugriffsrechten. Innerhalb der Nationalstaaten haben wir Transfers zwischen den ärmeren und reicheren Regionen. Diese Transfers gäbe es bei mehr Europa auch von den Starken zu den schwachen Staaten. Das wäre ein Transferunion - für Deutschland ein Unwort.

Wir müssen tun, was Max Weber das Bohren dicker, ungemein harter Bretter mit großer Geduld nennt. In Europa sind es vielschichtige, besonders harte Bretter, aber es gibt keine schnellen Lösungen.

Ich spreche gern von einer neuen Bescheidenheit, auch der EU und ihrer Institutionen. Wir sollten in diesem Augenblick ablassen von großen Projekten.

Es hieß, wir könnten nicht zurück. Alle Prozesse seien unumkehrbar. Aus Deutschland kam: „Wenn der Euro scheitert, scheitert Europa.“ Das ist nicht richtig; Europa ist nicht nur der Euro. Die Schweden, die Briten oder ein paar neue Mitgliedsländer leiden nicht darunter, dass sie den Euro nicht haben. Der Binnenmarkt braucht ihn nicht. Die Architekten des Euro, Delors, Kohl und Mitterand, haben aus durchaus ehrenwerten Motiven ein politisches Projekt verwirklicht. Mitterand wollte die Dominanz der DM brechen und für ihn war die Aufgabe der DM ein gewisser Preis für die Wiedervereinigung. Kohl und Delors haben gedacht, eine gemeinsame Währung werde die Union auf dem Weg zur politischen Union mit mehr Supranationalität zwingen. Der Gedanke ist richtig, aber es ist nicht geschehen. Deutschland war ökonomisch noch nie so dominant wie nach der Einführung des Euro. Inzwischen ist es zu einem konfrontativen Faktor geworden und nicht zu einem einigenden, den Integrationsprozess fördernden Faktor. Die ehrenwerten Motive haben sich in ihrer Wirkung umgekehrt.

Wir brauchen auch eine neue Diskussionskultur und müssen uns in Europa der Kritik und dem permanenten Hinterfragen stellen, denn das ist die Stärke der westlichen Gesellschaft. Unsere Demokratie lebt davon; es ist eine Quelle der Innovation und der Dynamik.

Wir müssen zudem die Idee fallen lassen, alle müssten zur gleichen Zeit gleiche Schritte tun. Praktisch sind wir schon weitgehend davon abgegangen. Mehr Flexibilität könnte mangelnde Kohäsion kompensieren, weil wir manche Staaten aus einigen Prozessen herauslassen könnten. Wir haben die vertraglichen Voraussetzungen dafür, haben sie aber nie durchgreifend angewandt.

Wir müssen uns auch besinnen auf die Tugenden und den Wert des Binnenmarktes mit seinen vier Freiheiten (Warenverkehr, Kapitalverkehr, Dienstleistungs- und Personenverkehr für EU-Bürger = Öffnung der Arbeitsmärkte), die weit über das Wirtschaftliche hinausgehen und auch große gesellschaftliche Effekte haben. Der Binnenmarkt ist bisher der größte Erfolg der Integration und er funktioniert. Hier die gegenseitige Abhängigkeit zu stärken, heißt neue politische Schritte möglich machen.

Ich bin kein Freund des Redens von Alternativlosigkeit; es gibt immer eine Alternative. Wir müssen die Frage stellen, was ist die wünschenswerte, die bessere Alternative. So komme ich zu dem Schluss: Es gibt keine wünschenswerte Alternative zu dem, was wir europäische Integration und Zusammenarbeit nennen.

### **Auszug aus der Diskussion**

Frage: Sie haben sich kritisch gegenüber einer übersteigerten Europaideologie ausgesprochen. Wie ist die Stimmung in den europäischen Hauptstädten? Sind von dort Kampagnen zu erwarten die bei den europäischen Völkern wahrscheinlich nicht mehr ankommen werden?

Antwort: Die Europaideologen stehen für die Unumkehrbarkeit, die Kritiklosigkeit, das Nicht-Hinterfragen. Aber ich glaube, es gibt Fortschritte - man räumt ein, dass man in der Krise ist. Der Präsident der Kommission hat vor kurzem vor dem EU-Parlament gesagt, wir sind in einer existenziellen Krise. Das ist ein bisschen überhöht, aber wir sind in einer ernsten Krise. In den Kreisen der Macht- und Einflusshaber gibt es ein wachsendes Bewusstsein, dass mehr Europa vielleicht eine Illusion ist, und zunächst das konsolidiert werden sollte, was wir haben.

Frage: Wer von den europäischen Staatsmännern wäre in der Lage das wieder zusammenzuführen, was jetzt auseinanderdriftet?

Antwort: Es wächst das Bewusstsein für eine „Leadershipfunktion“. Bis in die nahe Vergangenheit gab es eine klare Führungsfunktion Deutschlands. Ich weiß nicht, ob die im Zusammenhang mit der jüngsten Krise noch da ist. Das wird sich in nächster Zeit in der Auseinandersetzung um die richtige gemeinsame Wirtschaftspolitik zeigen. Im Hinblick auf

die Führungsfrage sehe ich keine großen Geister, Ideengeber mit Durchsetzungskraft, aber manchmal kommen die erst in akuten Krisen.

Frage: Würden Sie etwas über Sicherheit sagen. Viele haben Angst.

Antwort: Innere Sicherheit wird diskutiert im Zusammenhang mit den Krisen im Nahen Osten, die ihre Auswirkungen auf uns haben. Ich finde Grenzen sind Grenzen, und Grenzen gehören geschützt. Ich muss als Land wissen, wer zu mir kommt. Es kann jeder kommen, aber ich muss wissen, wer ist jeder. Wichtig ist der Schutz der Außengrenzen der Union, aber wie weit gelingt das ohne den Schutz der nationalen Grenzen? Vielleicht gelingt es den Schutz und die Kontrolle der Außengrenzen gemeinsam wahrzunehmen, aber das ist ein Projekt das qualitativ wie quantitativ schwierig ist.

Frage: Sie haben von dem dicken Brett gesprochen. Hat Europa die Zeit dieses dicke Brett zu bohren oder fliegt uns zuvor durch die Fliehkräfte, die in Europa unterwegs sind (Marine Le Pen, Wilders, Ungarn usw.) alles um die Ohren?

Antwort: Die Fliehkräfte sind die Sorge, die uns umtreiben muss. Ich glaube eigentlich nicht, dass sie zu stark werden und dass es zu weiteren Austritten kommen wird. Ich teile auch nicht die Meinung, dass man hart sein muss zu den Engländern, weil sonst alle den englischen Weg gehen. Wenn man sich so schwach fühlt, dann kann man von vornherein aufgeben.

Frage: Es gibt einen langen Streit zwischen dem Demokratieprinzip und dem Effizienzprinzip. Wie demokratisch kann, soll und muss die EU sein und wie effektiv soll sie agieren? In welche Richtung wird diese EU gehen müssen?

Ein weiterer Punkt: An der Spitze der Kommission, stehen in den letzten Jahrzehnten ehemalige Regierungschefs - Santer, Prodi, Barroso, Juncker. Wie ist dieser Trend zu beurteilen?

Antwort: Pluralistische Demokratie hat ihren Preis in den Entscheidungsabläufen. Es stimmt nicht für Europa und wir wollen es auch nicht für Europa - aber denken sie daran, wer in der Geschichte Staaten geschaffen und zusammengeschweißt hat. Es war immer ein Wille, der sich aufoktroziert hat. Die großen zentralistischen Demokratien, Frankreich und England, sind von der partikularistischen deutschen Welt beneidet worden. Ich rede von den Zeiten vor der Französischen Revolution. Ich bin ein überzeugter liberaler Demokrat. Die liberale pluralistische Demokratie ist das Beste was wir haben in dieser Welt, aber sie hat ihren Preis. Europa soll mit einer Stimme sprechen - wer bestimmt denn den Ton und den Inhalt dieser Stimme und wer ist diese Stimme? Der Kommissionspräsident hat dazu nicht die Legitimität, die Kommission schon gar nicht. Die Mitgliedsländer sind die Quelle der demokratischen Legitimität, sie sind die Herren der Verträge und die Träger der Souveränität. Sie legen Teile ihrer Souveränität zusammen und üben sie gemeinsam aus in gemeinsamen Institutionen. Aber die Kompetenzen, die die Mitgliedsländer an die Union abgeben, werden nicht vom Kommissionspräsidenten ausgeübt, sondern von den Mitgliedsländern selbst im Rat. Die Kommission verhandelt den Freihandelsvertrag mit Kanada, aber auf Grund eines Mandates der Mitgliedsländer und die Mitgliedsländer stimmen dem nachher zu. Die Kommission ist nur der Arm, der den gemeinsam artikulierten Willen der Mitgliedsländer ausführt. Wenn ich an große Kommissionspräsidenten denke, fällt mir kein ehemaliger Regierungschef ein. Die großen waren Hallstein, ein kleiner beamteter Staatssekretär im Außenamt in Bonn; der große Delors war kurzfristig französischer Wirtschaftsminister. Ich glaube, Regierungschefs sind nicht das Material für Kommissionspräsidenten; sie denken und handeln anders. Aber seitdem der Europäische Rat als Quelle der Macht in den Vordergrund getreten ist, muss auf einmal der Kommissionspräsident aus dem Areopag der Regierungschefs kommen. Das ist jetzt sozusagen Besitzstand.

Frage: Die Kommission sollte die Hüterin der Verträge sein. Wenn jetzt ehemalige Staats- und Regierungschefs Kommissionspräsidenten sind, können und wollen sie so vertragstreu sein, wenn sie weiterhin die Regierungspolitik im Auge haben? Die No Bailout-Klausel und der Stabilitätspakt wurden gebrochen.

Antwort: Der ehemalige Regierungschef Juncker ist damit angetreten, er wolle eine politische Kommission. Die Kommission ist Hüterin der Verträge, sie hebt die Hand wenn Mitgliedsländer dagegen verstoßen. Jetzt haben wir eine politische Kommission und die Aufgabe als Hüterin der Verträge hat Löcher bekommen im Zusammenhang mit dem Euro-Stabilitätspakt. Das mag in der Sache sogar richtig sein, es ist aber nicht die Aufgabe der Kommission; das haben die Mitgliedsländer zu tun. Auch das ist ein Teil der Unterminierung der Glaubwürdigkeit, wenn der Stabilitätspakt in der Anwendung nicht eingehalten wird. Die „politische Kommission“ beeinträchtigt das ganze Gefüge.